

Ja, Christian Wulff hat Fehler gemacht. Er vermochte es nicht, zwischen seinen öffentlichen Ämtern und seinen persönlichen Interessen klar zu trennen. In seiner Zeit als Ministerpräsident suchte er die Nähe zu solventen Geschäftsleuten und machte sich vom Wohlwollen der Bild-Zeitung abhängig. Insbesondere Letzteres ist ihm zum Verhängnis geworden: Wulff hat sein Amt verloren, sein Ruf ist ruiniert, seine Ehe ging in die Brüche. Das ist eine ziemlich große Strafe dafür, dass ihm echte Verfehlungen bis heute nicht vorgeworfen werden können.

Viele der Anschuldigungen wirkten von Anfang an monströs überzeichnet. Ist es schon Bestechung, wenn man ein Bobby-Car geschenkt bekommt? Nach aufwändiger juristischer Prüfung bleibt kaum mehr etwas von den Vorwürfen übrig. Die Justiz hat sich von einer überhitzten Medienberichterstattung treiben lassen.

13 Monate lang hat die Staatsanwaltschaft in Hannover jede Akte umgedreht. Dieser Aufwand war zu keinem Zeitpunkt angemessen, wie sich jetzt deutlich zeigt. Am Ende steht sie mit einer Einladung zum Oktoberfest da, für die sich Christian Wulff seinerseits mit einem Gefälligkeitsbrief im Sinne seines Gönners bedankt haben soll.

Man kann das anrühlich finden, aber Korruption sieht anders aus. Und was sind schon die paar hundert Euro, die der Filmproduzent David Groenewold für seinen Freund Christian Wulff in München springen ließ, gegen die 25.000 Euro, die ein Peer Steinbrück von den Stadtwerken Bochum

bekam, weil er in einer Gesprächsrunde auftrat? Die Firma ist in der Hand einer Stadt, die von der SPD regiert wird – solche Gefälligkeiten unter Genossen haben eine ganz andere Größenordnung.

Von der Wulff-Affäre bleibt am Ende ein überdrehter Medienhype, der an den moralischen Maßstäben vieler Journalisten zweifeln lässt. Wulff wurde von der Bild-Zeitung auch deswegen abgestraft, weil er sich als Präsident nicht mehr vor ihren Karren spannen lassen wollte. Dass sich das Blatt genau in dem Augenblick gegen ihn zu wenden begann, als sich Wulff mit seiner „Islam gehört zu Deutschland“-Rede der allgemeinen Sarrazin-Hysterie entgegenstellte, verleiht der Bild-Kampagne gegen ihn auch im Nachhinein noch einen bitteren Nachgeschmack. Bitter ist auch, dass so viele Zeitungen in diese Kampagne einstimmen und sogar Wulffs unglücklichen Anruf bei Chefredakteur Kai Diekmann zur Staatsaffäre aufblähen, statt die Motive des Blatts zu hinterfragen. Auch dies ist ein Ausdruck der Medienkrise – dass sich Zeitungen und Magazine angesichts schwindender Auflagen zu einer haltlosen Skandalberichterstattung hinreißen lassen, deren Grundlage mehr als zweifelhaft ist.

Die Affäre Wulff zeigt: Die Nähe, die manche Politiker zu Geschäftsleuten pflegen, ist fragwürdig. Schlimmer aber ist ihre Abhängigkeit von Medienhäusern, die Stimmung zu machen vermögen. Darin steckt die weit größere Gefahr für unsere Demokratie.

DANIEL BAX
Der Autor ist Inlandsredakteur der taz

ja

Das Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten wird möglicherweise gegen eine Geldbuße eingestellt

Ist Christian Wulff nur ein Opfer der Medien?

Keine Frage: Juristisch ist von den Vorwürfen gegen Christian Wulff nicht viel übrig geblieben. Genau einen Fall von Bestechlichkeit werfen die Staatsanwälte dem Exbundespräsidenten nach einjährigen Ermittlungen noch vor. Dabei geht es darum, dass er – in seiner Funktion als niedersächsischer Ministerpräsident – Sponsorengelder für einen Film seines privaten Freundes David Groenewold einzuwerben versuchte. Und zwar unmittelbar, nachdem dieser Wulffs privaten Familienausflug zum Oktoberfest mit 800 Euro bezuschusst hatte.

Dass Wulff damit aus heutiger Sicht Opfer einer Medienkampagne war und zu Unrecht zurückgetreten ist, wäre allerdings eine falsche Schlussfolgerung. Zum einen ist Korruption keine Frage der Summe, sondern der Haltung. Ein einziger Fall von Bestechlichkeit wäre Grund genug für einen Rücktritt.

Zum anderen ging es bei den Vorwürfen gegen Wulff nie allein um juristische Fragen, sondern auch um politische und moralische. Dieser Unterschied ist wichtig, weil es eine verhältnismäßig breite Grauzone gibt, in der ein Verhalten zwar nicht rechtswidrig, aber für einen Spitzenpolitiker dennoch inakzeptabel ist.

Christian Wulff hat diesen Anspruch selbst formuliert, als er noch Oppositionsführer in Niedersachsen war und SPD-Ministerpräsident Gerhard Glogowski wegen einer gesponserten Hochzeit in der Kritik stand. „Es muss der Anschein von Korruptibilität, von Abhängigkeiten, von Sponsoring von Politik und Politikern

vermieden werden“, hatte Wulff damals erklärt. Politiker bräuchten „eine Grundsensibilität, dass man Dienstliches und Privates relativ strikt trennt“.

An diesem Anspruch musste Wulff sich später selbst messen lassen. Wie deutlich er ihn verfehlte, darf nicht verklärt werden: Er suchte die Nähe zu Unternehmern und begab sich in Abhängigkeiten wie kaum ein Politiker vor ihm. Kredite von Freunden, die ihn dann auf Dienstreisen begleiteten, Einladungen von Unternehmern, für deren geschäftliche Interessen er sich später einsetzte – Wulff ließ jegliche Sensibilität für problematische Verquickungen von Politischem und Privatem vermissen. Und – das war der Auslöser der weiteren Nachforschungen – er belog das Parlament über diese Kontakte.

Die Medien mögen auf dem Höhepunkt der Affäre auch mal übers Ziel hinausgeschossen sein. Doch insgesamt haben sie das getan, was ihre Aufgabe in einer Demokratie ist: das Geflecht von Wirtschaft und Politik zu analysieren, Politikerverhalten genau beobachten und hinterfragen, Widersprüche aufzuzeigen und Volksvertreter an ihren eigenen Maßstäben messen.

Das Amt des Bundespräsidenten ist kein Job wie jeder andere. Es lebt davon, dass der Inhaber eine moralische Autorität ist, dessen Wort in der Öffentlichkeit Gewicht hat. Für diese Aufgabe, für dieses Amt war Christian Wulff charakterlich und politisch nicht geeignet. Daran gibt es auch ein Jahr später nichts zurückzunehmen.

MALTE KREUTZFELD
Der Autor ist Parlamentskorrespondent der taz

nein



Wie die Lernlust zerbröseln

SCHULE Unbedingt ist das Sitzenbleiben abzuschaffen, Lernen braucht Belohnung, nicht Demütigung. Das ist die Erfahrung, die weiterbringt

Auf dem Laufsteg von Pop und Politik stolziert die Riege der Sitzenbleiber. Allen voran Edmund, der Obersitzenbleiber. Ihm folgen Wulff, Westerwelle und Steinbrück. Wovorein ist natürlich immer dabei und nun auch Kretschmann. Man könnte in dieser Riege einen Beweis für die lockere Koppelung von Schulerfolg und Karriere sehen. Die Sitzenbleiber selbst hingegen wiederholen ihr Mantra: „Geschadet hat es uns nicht.“ Hessens Volker Bouffier bringt die Apologie der Wiederholer auf den Punkt: „Wer das Sitzenbleiben abschafft, raubt den Kindern Lebenserfahrung.“ Und wenn Josef Kraus vom notorisch sitzen bleibenden Deutschen Lehrerverband „naive Erleichterungspädagogik“ donnert, bedankt sich Springer mit der Schlagzeile „Lehrer kämpfen für das Sitzenbleiben“.

Dieses klebrige Kuschneln

Ausgelöst hat diese Welle die Erklärung von Rot-Grün, in Niedersachsen auf das Sitzenbleiben verzichten zu wollen. Das haben zwar andere Bundesländer schon mit Erfolg eingeleitet, aber diesmal gelang den Verfechtern der „Lebenserfahrung“ die empiriefreie Skandalisierung. Schreibt es euch bitte hinter die Ohren, insistieren sie, mit dem Sitzenbleiben verschwindet auch die Leistung. So ist halt die harte, die einzig wirkliche Wirklichkeit. Der Mensch braucht diesen Riemen, und wer sich nicht am Riemen reißt, der macht die Runde noch mal. Verstanden!

Ohne diese Lebenshärte werde nur – wie heißt das Wort? Genau: gekuschelt. Sagt Julia Klöckner, Bouffiers rheinland-pfälzische CDU-Nachbarin, die auch gerne Ministerpräsidentin wäre. Kuschneln, diese träge, fast klebrige Art von Zärtlichkeit, passt in die Kosmologie, in der das Antriebszentrum von Menschen nicht in ihnen und schon gar nicht zwischen ihnen sitzt, sondern irgendwo außerhalb. Frau Klöckner drückt es so aus: „Schule ohne Sitzenbleiben ist wie Fußball ohne Absteiger“, und fällt dann in den Refrain ein: Ohne Anstrengung geht es nicht!

Was die Politikerin da so erzählt, verhört natürlich alle, die gern Fußball spielen und keine Legionäre sind. Nur Letztere spielen für ihren Marktwert. Aber auch bei Profis gibt es kein elegantes Kombinationsspiel ohne Freude. Anstrengung steht dazu gar nicht im Widerspruch, zumindest solange sie nicht von diesem inneren menschlichen Streben, über das wir

von den Klassikern im Deutschunterricht so schöne Sätze gehört haben, abgespalten worden ist.

Spaltprodukte deutscher Bildung sind „der Streber“ und „der Sitzenbleiber“. Warum können wir nicht endlich das Zerrissene zusammenbringen, wie es den zivilisierteren Völkern gelingt? Streben, ohne Streber zu sein. Übungen wiederholen, ohne ein Wiederholer zu werden. Denn auch das Wiederholen gehört zum Lernen wie die Freude, der Eigensinn und eben auch das Streben. Dafür brauchen wir allerdings mehr als das allmähliche Abschaffen des Sitzenbleibens. Dafür brauchen wir eine andere Choreografie der Schule. Daran wird vielerorts gearbeitet, und sie ist das Thema hinter dem Thema. Denn das ist doch der Skandal, dass den meisten Jugendlichen über die Jahre alles ziemlich egal geworden und so wenig vom Schulwissen geblieben ist.

Schule ganz schnell vergessen

„Alle Überprüfungen des Wissens, das junge Menschen fünf Jahre nach Schulabschluss noch besitzen, laufen darauf hinaus, dass das Schulsystem einen Wirkungsgrad besitzt, der gegen null strebt.“ Zu diesem Resultat kommt Gerhard Roth. Der Bremer Hirnforscher, der bis vor Kurzem Präsident der Studienstiftung des deutschen Volkes war, ist alles andere als ein Scharfmacher im Bildungskrieg.

Während sich die Sitzenbleiber ständig zu Wort melden und die Protagonisten des Verzichts aufs Sitzenbleiben sozialdemokratisch schweigen, kommt aus einer anderen Ecke der Ruf

Schon fünf Jahre nach Ende der Schule erinnern sich die Schüler an so gut wie keine Lerninhalte mehr

Reinhard Kahl

■ schreibt und macht Filme über die Zumutung, belehrt zu werden, und die Lust am Lernen. Er ist Gründer des Netzwerks der Bildungs-erneuerer und Lernaufwiegler, „Archiv der Zukunft“.



Foto: David Außerhofer

„Aufstehen“. Frank Schirrmacher zum Beispiel, Herausgeber der FAZ, nimmt sich in seinem Buch „Ego“ das Monster Homo oeconomicus vor. Dessen Religion eines absoluten Eigeninteresses betreibe die Erosion der gemeinsamen Welt, nicht nur der Umwelt. Wenn der Kapitalismus die Kapillaren der Lebenswelt zersetzt, könnte das große Verwerten und Entwerten tatsächlich ein Endspiel einleiten. Es stellt sich die Hannah-Arendt-Frage, ob wir die Welt genug lieben, um sie überhaupt retten zu wollen.

Mit Belohnung überraschen

Auch Ökonomen sind inzwischen von der Ausbreitung des Falschgelds beunruhigt. Eine Ursache der Finanzkrise sieht der kanadische Managementtheoretiker Henry Mintzberg in der Dressur der Banker auf kurzfristige Erfolge durch Boni. Die Konditionierung auf Außensteuerung lasse das Urteilsvermögen verwahrlosen. Sein amerikanischer Kollege Samuel Bowles ergänzt, explizite, also äußere Leistungsanreize zerstörten gute Absichten.

Man kann es auch „Korruptionseffekt“ nennen. In einer Stanford-Studie wurden Kinder für das Malen eines Bildes belohnt. Schon nach einigen Wochen hatten sie, wenn die Belohnung ausblieb, deutlich geringere Lust dazu. Ähnliches wurde auch bei Mathespielen festgestellt. Das müsste doch zu einem Aufschrei führen, dass die tief verankerte Freude, sich zu steigern, auch durch Üben – man beobachte nur Kids auf Skateboards –, dass diese menschliche Lernlust zerbröseln, wenn Tätigkeiten zum Mittel für externe Zwecke herabgesetzt und entwürdigt werden. Wer hingegen überraschend belohnt wird, so zeigte die Stanford-Studie, verliert keine Motivation. Das wäre auch der Unterschied von Geld und Gabe.

Es ist ein bisschen so wie mit den Pferden. Das lockere Laufen über Wiesen und nicht das Springen über Hindernisse ist ihre „Natur“. Aber Zuckerbrot und Peitsche bringen sie dazu. Bei Hunden, die gern in der Erde scharren, gibt es ein sicheres Gegenmittel: Sie dafür erst ständig belohnen und dann die Belohnung kündigen. Hunde budeln dann nicht mehr. Dressur funktioniert bei allen in Gruppen lebenden, anerkennungsbedürftigen Säugern.

Nach einer Umfrage im Auftrag des Philologenverbandes wollten 85 Prozent der Schüler aufs Sitzenbleiben nicht verzichten. Sie fürchteten, dass sie andernfalls kaum noch „was für die Schule tun“.

REINHARD KAHL